

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1912

45 (22.2.1912)

Abg. Bessler (natl.): Im Hinblick auf die Beträge, welche für die drei Hochschulen unseres Landes ausgegeben werden, darf man die in dem vorliegenden Budget angeforderten Summen als gering bezeichnen. Die Mittel, welche hier aufzuwenden, liegen im Interesse des Landes. Die Werke, welche geschaffen werden, sind jedermann zugänglich und tragen zur Erhöhung des Wissens bei. Im Lande draußen sind eine Reihe von Sammlungen, welche der staatlichen Unterstützung bedürfen. Für die Erhaltung der alten Baudenkmäler muß mit allen Mitteln eingetreten werden. Die Regierung möchte ich bitten, die Bestrebungen des Vereins für Heimatchutz und die Bestrebungen auf Vogelschutz weitgehend zu fördern.

Abg. Dr. Schofer (Zentr.): Die Positionen des vorliegenden Budgets erregen nicht nur keinen Widerspruch, sondern es erheben sich von allen Seiten Stimmen, sie zu erhöhen. Tatsächlich sind die Mittel für die zu erfüllenden Aufgaben zu gering. Es sind uns aber hier durch die finanziellen Verhältnisse Grenzen gezogen, über die wir nicht hinausgehen können. Es ist erfreulich, daß die Zeitschriften historischen Charakters Unterstützung finden.

Dem Urteil des Berichterstatters über den Artikel in den Neujahrsblättern der historischen Kommission kann ich mich nicht anschließen. Ein solcher Ausdruck paßt in polemische Zeitschriften, nicht in eine historische Arbeit; sie entspricht auch nicht dem Stande und der wissenschaftlichen Aufgabe eines Historikers. (Zustimmung beim Zentrum.) Der Redner vertat hierauf verschiedene Wünsche bezüglich mehrerer Baudenkmäler in seinem Wahlkreise und hielt die Sicherung, Schätzung und Erhaltung der Baudenkmäler für eine notwendige Aufgabe des Staates.

Abg. Kuhl (natl.): Es ist erfreulich, daß das Budget für Kunst und Wissenschaften jährlich eine Subvention von 3000 M. für die Kunstausstellung in Baden enthält. Mit der Freude über diese Tatsache verbinde ich den Dank an die Groß-Regierung, daß sie seit Bestehen der Ausstellung dieser ihre Unterstützung zugewendet hat. Dank verdient aber auch der ihre Unterstützung zugewendet hat. Dank verdient aber auch Unternehmern ausgezeichnete Verdienste erworben hat. Die Regierung möchte ich bitten, ihr Interesse für die Badener Kunstausstellung nicht erlahmen zu lassen und dieselbe in noch weiterer Weise zu fördern. Damit wird dann die Ausstellung in der Lage sein, badische Künstler noch mehr wie bisher durch den Ankauf von Bildern zu berücksichtigen. Man muß nicht der amerikanischen Gewohnheit folgen, hauptsächlich die Werke vornehmer Meister anzukaufen. Wenn wir die Kunst fördern, leisten wir ein gutes Stück wahrer Volkserziehung, für die wir immer gerne die Mittel zur Verfügung stellen.

Abg. Venedy (Fr. Sp.): Von dem Berichterstatter wurde eine Reihe von Wünschen vorgetragen, die ich schon auf dem letzten Landtag vertreten habe und heute wieder unterstützen möchte. Ich halte es für zweckmäßig, wenn in den Bildergalerien an den Gemälden die Namen der Meister und die Zeichnung angegeben sind. Die große Masse der Besucher solcher Galerien sind nicht in der Lage, sich einen Katalog für 2 M. zu kaufen. Auch der Wunsch, die jüngeren Künstler mehr zu unterstützen, ist vollkommen berechtigt. Viele, die keine wohlhabenden Eltern besitzen, müssen eine schwere Schule der Entbehrung durchmachen, und gerade in der besten Zeit ihrer Schaffenskraft. Man sollte deshalb bei dem Ankauf von Gemälden auf die jungen Künstler Rücksicht nehmen. Für sehr zweckmäßig halte ich es, eine Zentrale für alle künstlerischen Angelegenheiten und Bestrebungen ins Leben zu rufen, eine Art Kunstrat, der der Regierung in künstlerischen Fragen beratend zur Seite steht. Eine solche Zentrale müßte ihre Aufgabe auch darin sehen, die treibende Kraft auf dem Gebiete der Kunst zu sein, um dadurch auf das Leben des Volkes im Sinne der Kunst einzuwirken und dieser die breiten Massen der Bevölkerung zuzuführen. Es würden dadurch auch künstlerische Bestrebungen mehr zur Geltung kommen in den Gemeinden bei der Erstellung und der Ausschmückung von Bauten. Auf dem Gebiete der Kunst ist zum Schaden der geistigen Bildung unserer Nation in dieser Beziehung zu wenig getan worden. Die Zentrale würde auch segensreich wirken, wenn sie für das ganze Land geltende Gesichtspunkte aufstellen würde.

Abg. Veit (Soz.): Auch ich bedaure es, daß im Etat zur Förderung der Kunst so wenig Mittel zur Verfügung stehen und daß wir die Hoffnung für eine Besserung der Verhältnisse

auf die Zukunft setzen müssen. Die Kunst muß der Allgemeinheit mehr zugänglich gemacht werden. Dabei kommt die Frage der Zentralisation und Dezentralisation in Betracht. Es handelt sich dabei, ob alles in großen Landesmuseen gesammelt werden soll, oder ob man dislozieren will. Die Werke sollten dahin kommen, wo sie entstanden sind. Es hat den Anschein, als ob die Regierung die einzelnen Museen wieder mehr fördern und ihnen mehr Material zuwenden will als bisher. Es muß die Möglichkeit eines leichteren Verkehrs zum Besuch der Museen geschaffen werden. Man müßte den Schulen dazu Freifahrt geben und in den Galerien für die nötige Unterweisung ohne große Kosten sorgen. Das Kunstgewerbliche Museum hier hat sich als zu klein erwiesen. Es sollte ein Museum hergestellt werden, das des Staates und der Residenz würdig wäre. Damit würden alle Missetände beseitigt werden. Erfreulich ist es, daß man Hilfsmittel hinausgibt an die einzelnen Städte für die Aufklärung und Belehrung über die Baudenkmäler. Wünschenswert ist es, wenn dadurch entsprechende Führer für die Schulen geschaffen werden. Offenbar hat zwei Kunstdenkmäler, die dem Verfall nahe sind, aber im Hinblick auf ihren künstlerischen Wert erhalten werden sollten. Das eine derselben ist das Wilsionskreuz, das andere eine plastische Darstellung der Gefangennahme Christi. Hier sollte zur Erhaltung der Staat eingreifen. Die Tätigkeit des Konservators Geh. Rats Wagner, auf Erhaltung der Baudenkmäler verdient volle Anerkennung. Zum Schluß möchte ich noch eine Art Mißbilligung aussprechen über die Art, wie eine gewisse Kunst durch die Aufstellung absehblicher Reklameplakate in Feldern und andern Grundstücken sich breit macht. (Zustimmung.) Es ist das geschmacklos und sollte verhindert werden. (Zustimmung.) Wünschenswert ist die Förderung der Herausgabe der Oberbadischen Geschlechterbücher durch die Regierung. Als ein erfreuliches Zeichen darf es angesehen werden, daß auch in den Kreisen des arbeitenden Volkes an der historischen Forschung mitgearbeitet wird.

Minister Dr. Böhm: Viele Ausgaben müssen zurücktreten, weil dazu die nötigen Mittel nicht zur Verfügung stehen. Wir würden gerne alle Wünsche erfüllen, aber wir müssen uns nach den finanziellen Verhältnissen richten. Wenn trotz der verhältnismäßig geringen Mitteln Großes geleistet wird im Interesse der Kunst, so ist das nur möglich, weil alle Kreise des Volkes und vor allem die Städte daran mitarbeiten und Opfer bringen. Meinen Standpunkt bezüglich der Anbringung der Zeichnung an den Bildern habe ich in der Kommission bereits dargelegt. Die Namen der Meister befinden sich an allen Bildern und bei den Bildern selbst weiß man doch meistens, was sie bedeuten. (Beifall.) Führungen durch die Galerien haben stattgefunden und sie werden auch fernerhin stattfinden, wenn Anmeldungen hierfür rechtzeitig erfolgen. Es ist auch wieder die Frage der Zentralisation und Dezentralisation erörtert worden. In dieser Beziehung muß man vorsichtig vorgehen und unterscheiden zwischen den großen Sammlungen für das ganze Land und den Sammlungen, welche eine Bedeutung für die Gemeinden haben. Die großen Sammlungen haben die Aufgabe, ein Bild der Entwicklung der Kunst im ganzen Lande zu geben. Der Plan, ein großes Sammlungsgebäude hier zu errichten, ist seiner Bewirklichkeit näher gekommen als früher. Auf einem Teil dieses Geländes soll ein badisches Sammlungsgebäude erstellt werden. Ein Projekt hierfür ist bereits ausgearbeitet, nur fehlen dazu noch die nötigen Gelder. (Beifall.) Bei der Bewilligungsbereitschaft des Hauses aber ist wohl zu erwarten, daß die Mittel später bewilligt werden. Es sind verschiedene Einzelwünsche vorgetragen worden, u. a. daß jüngere Künstler mehr unterstützt werden sollen, u. a. daß auch Rechnung getragen. Der Vorschlag Venedy's, eine Zentrale zu gründen, ist in seiner Tendenz so, daß ich mich mit ihm einverstanden erklären kann. Die Regierung wird die Kunst in jeder Weise fördern, die Kunst eignet sich aber nicht für eine zentrale Behandlung. Die Regierung hat stets versucht, anregend zu wirken und deshalb die Bezirksämter veranlaßt, den Gemeinden mitzuteilen, daß ihnen zur Beratung von Kunstfragen entsprechende Instanzen zur Verfügung stehen. Mit Bezug auf die Ausführungen über die historische Kommission sind auch die Neujahrsblätter erwähnt worden. Der erwähnte Ausdruck hätte in dem in Frage kommenden Artikel wohl weggelassen werden können. Wäre er aber weggelassen worden auf Kosten der Frische und Lebhaftigkeit dieses Artikels, der

Leiblich vor und zog dann mit den lieben Kunstgenossen zur Versammlung, allwo er bekannt gab, daß der hochgeehrte Musikverein es sich zur Ehre anrechnen würde, die Versammlung mit einer Probe seiner Kunst eröffnen und schließen zu dürfen. Die ob solcher Hochachtung ganz gerührten Musikanten bliesen denn auch mit heiliger Begeisterung in ihre Wechsinstrumente hinein, zur freudigen Erbauung der Versammlung. In seinem Referat hat dann der Redner auch der Frau Mustafa und ihrer wackeren Jünger rühmend gedacht. Nachdem er unter großem Beifall der Versammlung und insbesondere der Musikanten gedeutet hatte, hat der Musikverein zu Ehren des Referenten noch eins geblasen: und die ältesten Leute sagten, so eine schöne Wahlversammlung mit so harmonischem Ausgang hätten sie noch niemals mitgemacht.

Uebel beraten war ein „nationaler“ Kandidat, der sich mit einem braven Bauernkulten (Dorfbürgermeister) auf ein Turnier im Weinrücken einließ. Der Herr Kandidat glaubte seine Wahl dadurch fördern zu können, daß er die Würdenträger des Dorfes ins Herrenstübchen des „Löwen“ oder des „Stirns“ bitten ließ, sie dort mit schäbigem Landwein, Zigarren und nationalen Phrasen regalierte und sie dann als seine Landsknechte verpflichtete. In einem Dorfe nahm aber dieser Kampf mit „geistigen Waffen“ für den Herren Kandidaten ein schmachvolles Ende. Den Schultes, einen ehren- und trinkfesten Mann, wurmte diese Einschätzung seiner Gesinnung seitens des Kandidaten nicht wenig, doch verhielt er seinen Groll und ließ den Kandidaten schwächen. Dabei verzäumte er aber nicht, dem begeisterten Redner kräftig zugutrinken; andererseits füllte sich auch der Kandidat gedungen, dem schweigenden Schultes mit dem Wein Begeisterung einzuschöpfen. Also trat der Kandidat dem Schultes wieder zu. Das war ein heißer Kampf, bis der „nationale“ Kämpfer gegen die Sozialdemokratien, vom Schultes niedergezwungen, selig unterm Tisch ruhete. Im Aufstall auf einem Hund Stroch träumte er weiter von glorieichen Siegen über den „roten Drachen“.

Am Wahltag fiel er mit großem Erfolge durch.

Wahl-Humor.

Am Tage der Hauptwahl führte ein biederer Vorortsbewohner von Stuttgart einen Esel durch die Straßen der Hauptstadt Schwabens, der rechts und links ein Plakat trug: „Ich und mein Freund wählen Mühlberger!“ Der Oberbürgermeister Mühlberger war der „nationale“ Sammellandkandidat gegen die Sozialdemokratie. Der langjährige Freund der bürgerlichen Kandidatur erregte teils fürnische Heiterkeit, teils grimmigen Born. Von staatsbehaltender Seite wurde die hohe Polizei gegen den Esel mobil gemacht, das Telephon spielte zwischen Polizeidirektion und Parteileitung, aber dem Esel gegenüber verfielen alle Gesetze, und Polizeivorrichtungen. Den harmlosen Grauschimmel wegen seiner Sinnigkeit zur staats-erhaltenden Kandidatur zu arretieren, ging nicht gut an, denn höchst geistig und fromm zog er seines Weges fürbass, während die Wahlschaulos der bürgerlichen Parteien Leib und Leben der Straßenpassanten gefährdeten. Schließlich fand sich aber doch ein Schutzmännchen, der sich berufen fühlte, den Staat zu retten. Er verlangte, daß dem Esel die Plakate abgenommen würden, andernfalls . . . usw. Dem biederen Manne aus dem Vorort blieb schließlich nichts anderes übrig, als daß Eselbot der hohen Obrigkeit zu respektieren. Kurz entschlossen nahm er dem Esel die Plakate ab und hing sie sich selber um, eins auf den Büdel und eins auf die Brust. So zog er, den Grauschimmel zur Seite, seines Weges weiter. Das Publikum jauchzte vor Vergnügen, der Polizist aber verschwand eilends in eine Nebenstraße.

In einem mittelgroßen Orte Schwabens beabsichtigte der aus Dilettanten bestehende „Musikverein“ das Referat des sozialdemokratischen Redners mit schmelzenden Weisen zu begleiten und so das rote Gift unwirksam zu machen. Der Referent, in seinen Aufstößen selber passionierter Trompeter, hörte auf dem Wege zum Versammlungstisch die wackeren Musikanten in ihrer Stammneipe musikalischen Probelärm tollführen. Eine kleine Keibesäckelung konnte dir nicht schaden, dachte der rote Referent, trat ein, ah und trant, unterhielt sich leutselig mit den „Verschworenen“, trompetete ihnen auch sein

eine ausgezeichnete Arbeit ist, so wäre das zu bedauern gewesen. Der Verfasser wollte niemanden beleidigen. Eine Aenderung in der Zusammensetzung der historischen Kommission, wie sie von dem Abg. Schofer angedeutet wurde, halte ich nicht für zweckmäßig. Ein Programm hinsichtlich der Restaurierung von Baudenkmälern kann die Regierung nicht aufstellen, da sie immer wieder Aenderungen ergeben. Den Wünschen, welche sich auf den Naturchutz, die Erhaltung alter Baudenkmäler und den Vogelschutz beziehen, wird die Regierung, soweit dies möglich ist, Rechnung tragen.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Moush (Soz.) und nach einem Schlußwort des Berichterstatters Vogel-Mannheim (Fr. Sp.) wurde in die Spezialberatung eingetreten, in welcher die Abg. Witt (Soz.), Wittmann (Zentr.), Kuhn (natl.), Kuhn (Soz.), Neuwirth (natl.), Weiskopf (Zentr.) und Vogel-Mannheim (Fr. Sp.) eine Reihe von Spezialwünschen aus ihren Wahlkreisen vertraten, deren Prüfung von seiten des Ministers Dr. Böhm zugeagt wurde. Darnach fanden sämtliche Positionen Annahme, ebenso nach einem kurzen persönlichen Belohnungen und Beihilfen, sowie für verschiedene und zufällige Ausgaben.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1/10 Uhr. — Landwirtschaftsbudget.

Aus der Partei.

Amtsanwalts- und Rebatteursehre. Als im Herbst v. J. Genosse Rebatteur Dahl von der Erfurter „Tribüne“ nach Verbüßung einer wegen Freibergergehen erhaltenen Gefängnisstrafe wieder in die Freiheit zurückkehrte, wurde er von einem Arbeiter auf der Straße mit einem Hochruf empfangen. Der Amtsanwalt erlaubte sich in der Begründung seines Strafantrages die Bemerkung, es könne dahingestellt bleiben, ob es eines Staatsbürgers würdig sei, einem Menschen zuzujubeln, der eben aus dem Gefängnis entlassen sei.

Die „Erfener Arbeiter-Zeitung“ war empört über eine solche Bemerkung und beantwortete sie damit, daß sie sich schreibe: „Einem aus dem Gefängnis entlassenen Amtsanwalt zuzujubeln würde allerdings in den meisten Fällen eines Staatsbürgers unwürdig sein.“ Die Folge war eine Anklage wegen Beleidigung des Erfurter Amtsanwalts Grohmann. Vor der Erfener Strafkammer wurde festgestellt, daß Grohmann seinerzeit die abenerwähnte Verurteilung wirklich getan hatte. Der angeklagte Rebatteur Genosse Heumann berief sich deshalb auf § 193 St.G.B. (Wahrung berechtigter Interessen); das Gericht verurteilte ihn aber unter Verlesung des Schutzes des § 193 zu zweihundert Mark Geldstrafe.

Kein „Mißfinn“. Während des Jenaer Parteitagess im September v. J. veranstalteten eine Anzahl Studenten, vermulich Söhnen reicher Väter, Büschchen, die wohl noch nicht nötig hatten, mit ihren Händen ein Stüchchen Brot zu verdienen, zur Verhöhnung der Sozialdemokratie und der Vertreter der Arbeiter einen Umzug, bei dem ein Kaufmann Witt — der den Grad der Bildung dieser Studenten charakterisierte — eine Rolle spielte. Die Folge waren Meibereien zwischen Studenten und Arbeitern und eine heftige Reiberei, in der auch der Student Wubendy das Wort ergriff. Auf der Gegenpartei fiel das Wort „Mißfinn“, durch das sich Wubendy beleidigt fühlte. — Am Montag wurde nun der Genosse Drefcher, der Verantwortliche der „Weimarer Volkszeitung“, vom Jenaer Schöffengericht wegen Beleidigung zu vierzig Mark Strafe verurteilt. — In den Augen der organisierten Arbeiter sind und bleiben die Arrangements des studentischen Mißzuges in Jena „Mißfinnen“.

Gewerkschaftliches.

Aufruf zur Lohnbewegung der Bergarbeiter. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes richtet an die Arbeiterschaft Deutschlands folgenden Aufruf:

Die Bergarbeiter des Ruhrgebiets stehen in einer Bewegung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Berechtigung dieser Bewegung wird von keinem sozial und gerecht denkenden Menschen bestritten werden können. Gewerkschaften und soziales Denken war aber bisher bei den Bergbauunternehmern nicht zu finden. Die Vergangenheit hat dafür Beispiele genug. Es ist darum sehr wahrscheinlich, daß die Bergarbeiter, um ihre billigen Forderungen zur Geltung zu bringen, leider gezwungen sein werden, zum Kampf auszuholen zu müssen. Nicht aus Lust am Kampf machen die Bergarbeiter sich mit diesem Gedanken vertraut, sondern weil ihnen keine andere Möglichkeit bleibt, ihre billigen Forderungen durchzubringen.

Jedenfalls rechnet auch die Unternehmer schon mit dem Ausbruch eines Kampfes. Es wird nämlich dem Bergarbeiterverband gemeldet, daß sich in verschiedenen Teilen Deutschlands Agenten aufhalten, um Arbeitskräfte fürs Ruhrgebiet anzuwerben. Diese Agenten geben an, die gemorebenen Leute sollen zu Erdarbeiten verwendet werden. Glänzende Versprechungen bezüglich des Lohnes werden ihnen gemacht. Hat ein Agent einen Trupp Leute zusammengebracht, dann geht die Fahrt nach dem Ruhrgebiet. Unterwegs verschwindet der Bergarbeiter und ein anderer übernimmt die weitere Begleitung des Transports. In der Regel ist der neue Begleiter ein Grubenbeamter, der die Leute bis zur Grube bringt, wo die „Erdarbeit“ verrichtet werden soll. Von den gemachten Versprechungen wird nichts gehalten. Die Agenten sind den Grubenverwaltungen meistens „unbekannt“. Was diese gesagt haben, davon nimmt sich keine Notiz. Man solle etwas an. Mittellos und allen Launen preisgegeben, stehen die Leute da. Man denke sich nun den Ausbruch des Kampfes! Es wird dann von den Leuten verlangt, daß sie Streikbrecher werden.

Wir können nur allen Arbeitern Deutschlands bringend raten, sämtliche Bergbauverviere, vor allem aber das Ruhrgebiet, zu meiden. Man beachte das und übe Solidarität! Alle arbeitervreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Die Versicherungsgesellschaft „Victoria“ hat es wieder auf ihre organisierten Angestellten abgesehen. Im Dortmund Bezirkt ist schon wieder eine Maßregelung vorgekommen. Der Vorsteher des Dortmund Zweiggeschäftes will im Verlauf von drei Monaten alle alten Einnehmer hinauswerfen und durch junge Leute ersetzen, die mehr einbringen müßten. Wer,

wie gesagt, die Verbandsschaft vergibt, wie ich nicht gefalle.

Schwarz seiner Angelegenheiten gleich. In der letzten Reihe der herbeizuführende Tafel.

hat mit dem unterhandel getreten und daß die Pro soll. Die nagel und herbeizuführende 80-40 M. Bauereistimmen werden, da Bauereistimmen zu einem mit dem sofort das tag, 18. J. rufen. Ein lautierte der sammlung. Selbstheim mit Hilfe an Wort!

Die alle Unbill allein zwei langen um hat. Kan durchliche schäftsgergeigen da nichts er das Erbe

Auf Teuerun der Soz. fortgeschrit den, gre das Erbe Gestaltu schon der ente. Aufhebung vwendigt schärfste mittel für Subpen haben. Klauen für den der Lou weit sie es, eines Wortes färfen

Zu erhäl U gegenfü Es gib leben. Not ge mittel. sind. muß ge mittel. lasten. E Themerörrie gierung zur Regie Klusfer der K mußte aufm seit K Giltu legum gibt Krod Gind feuch gegag und höher hoch Sold haben nicht

wie gesagt, der Schlag richtete sich im Grunde genommen gegen die Verbandszugehörigkeit der alten Einnehmer. Die Gesellschaft verzicht immer wieder, daß sie auf die Arbeiter angewiesen ist. Und die Arbeiter lassen sich ein solches Vorgehen nicht gefallen.

Schwarze Terroristen. Der durch die Enthüllungen eines seiner Angestellten hinlänglich bekannte christliche Verband des böhmischen Zentrumsabgeordneten Oswald sucht seinen Mitglieberschwund mit Hilfe der Pfarrhöfe wieder etwas auszugleichen. Als Mittel zum Zweck benützt die christliche Agitation jetzt die politische Lage. Der „Notblut“ wird in die Reihen der Arbeiter hineingeworfen, um eine Zersplitterung herbeizuführen. Auch Arbeitgeber, welche sich auf die hinterhältige Taktik dieser Christen nicht einlassen, werden von der schwarzen Kohorte heruntergerissen, wie folgender Fall beweist.

Die Brauerei Silbernagel in Dellheim (Walg) hat mit dem Verband der Brauerei- und Mälzer-Arbeiter über die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unterhandelt, da auch die „Christlichen“ an die Brauerei herantreten waren, wurde nach der erfolgten Einigung vereinbart, daß die Brauerei nun auch mit den Christlichen verhandelt und nach erfolgter Verständigung der Tarif in Kraft gesetzt werden soll. Die „Christlichen“ unterhandelten mit der Brauerei Silbernagel und wollten zum Schluss eine Verschlechterung herbeiführen bezüglich der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der Verband der Brauerei- und Mälzer-Arbeiter konnte dem natürlich nicht zustimmen und auch die Brauerei Silbernagel war damit einverstanden, daß die Sonntagsarbeit bezahlt wird. Nachdem es der Brauerei Silbernagel nicht möglich war, mit den „Christlichen“ zu einem Abbruch zu kommen, wurde die Tarifvereinbarung mit dem Brauereiarbeiterverband in Kraft gesetzt. Nun ging sofort das Haberfeldreiben gegen die Brauerei los. Auf Sonntag, 18. Februar, wurde eine Versammlung in Dellheim einberufen. Ein Aufruf hierzu wurde an den Häusern angeklebt, um die katholische Volksseele zum Kochen zu bringen. Darin lautete der Schlussatzus: „Arbeiter, Bürger! Gilt in die Versammlung. Die Öffentlichkeit muß erfahren, was man den Helfershelfern der Brauerei. Auf die Knie sollen die Arbeiter mit Hilfe der Sozialdemokratie gezwungen werden. Alle Mann an Bord!“

Die Brauerei Silbernagel soll also für die Unfähigkeit der christlichen Arbeiterführer büßen, wird boykottiert und sonst alle Unbill über sie herabgewünscht und warum? Einzig und allein weil sie die freie Gewerkschaft nicht aus den Unterhandlungen und beim Abschluß des Tarifvertrages ausgeschaltet hat. Kann es etwas feileres und erbärmlicheres geben als diese christliche Nachpolitik. Eine Wirkung werden diese Gewerkschaftszersplitterungen mit ihrer Taktik ja nicht erzielen. Sie gehen damit aller Welt, daß sie auf offenem geradem Weg nichts erreichen können. Eine Womage a la Rheinischen wird das Ende dieser schwarzblauen Aktion sein.

Deutscher Reichstag.

(11. Sitzung vom 21. Februar, 1 Uhr.)

Auf der Tagesordnung stehen die beiden gleichlautenden Teuerungsinterpellationen der fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokraten.

Abg. Wendorf (f. Sp.) begründet die Interpellation der fortschrittlichen Volkspartei. Wir wollen positive Politik treiben, greifbare Erfolge erzielen. Deshalb haben wir uns auf das Erreichbare beschränkt. Nebner gibt eine Darstellung der Gehalt der Kartoffelpreise. Der Kartoffelpreis nähert sich schon dem des Roggens. Dazu kommt die sehr schlechte Gemüsernte. Mittelstand und Arbeiter sind schwer geschädigt. Die Aufhebung des Kartoffelzolls bis 1. Mai ist eine absolute Notwendigkeit. Die Stärkefabrikation hat ihre Produktion eingeschränkt müssen, wodurch auch die Nebenprodukte als Futtermittel für die Landwirtschaft verringert werden. Die zeitweilige Suspendierung der Futtermittelzölle wird die Viehhaltung heben. Nebner verlangt zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche Vienausschüsse. Betätigen Sie Ihre Interesse für den ländlichen Mittelstand, damit Sie nicht die Mitläufer der konservativ-agrarischen Weltanschauung ganz verlieren. So weit sie können, laufen sie Ihnen jetzt schon davon. Hier gilt es, eine Mittelstandspolitik zu treiben, im besten Sinne des Wortes. Es ist dringend notwendig, den Bauernstand zu stärken und zu vermehren. (Beifall links.)

Zur Begründung der sozialdemokratischen Interpellation erhält das Wort der

Abg. Bod: Der Zolltarif sollte uns schönen Zeiten entgegenzuführen. Tatsächlich hat er uns großen Mühen entgegengeführt und den Nutzen davon haben nur die Agrarier gehabt. Es gibt weite Kreise der Bevölkerung, die nur von Kartoffeln leben. Diese Kreise müssen durch eine Mähernte in die größte Not geraten. Dazu kommt die Teuerung der übrigen Lebensmittel. Da wundert sich der Reichstangler, daß wir 110 Mann sind. Eine Suspendierung des Kartoffelzolls genügt nicht, er muß ganz beseitigt werden. Dasselbe gilt von den Futtermittelzöllen, die gerade die bäuerliche Bevölkerung schwer belasten.

Staatssekretär Dr. Delbrück weist darauf hin, daß das Thema der Teuerung schon im Herbst eingehend im Reichstag erörtert worden ist und daß schon damals die verbündeten Regierungen alle durchführbaren und zweckdienlichen Maßnahmen zur Beseitigung der Notlage ergriffen hätten. Die verbündeten Regierungen wissen wohl und bedauern es, daß der Ernteausfall des vorigen Jahres namentlich für die Lebenshaltung der kleinen Kreise der Bevölkerung schweren Schaden haben mußte. Die Entwicklung der Dinge in den letzten Monaten ist aufmerksamer verfolgt worden. Ich kann aber feststellen, daß seit dem vorigen Herbst eigentlich nichts gesehen ist, was die Situation wesentlich verbessern hätte. Unsere damaligen Darlegungen haben sich als richtig erwiesen. Der Staatssekretär gibt weiter eine Darlegung des Ernteausfalles in den einzelnen Produktionsarten. Die schlechte Futterernte wirkte verderblich im Hinblick auf die Bewässerungen durch die Maul- und Klauenseuche. Diese Seuche ist im Laufe des Winters erheblich zurückgegangen. Der Staatssekretär gibt dann eine Preisübersicht und stellt fest, daß Weizen und Roggen hoch stehen, aber nicht höher als schon in früheren Jahren. Hafer und Weizen sind hoch im Preise, die Kartoffelpreise sind außerordentlich hoch. Solche Preise haben wir noch nie gehabt. Die Fleischpreise haben gegen den vorigen Herbst eine wesentliche Verringerung nicht erfahren und sind im Laufe der letzten Zeit gesunken. Von

einer Fleischnot kann zurzeit nicht die Rede sein. Durch die Suspendierung des Maiszolls würde wahrscheinlich nicht eine Verringerung der Preise erzielt werden, sondern die gesteigerte Nachfrage würde wahrscheinlich preissteigernd wirken. Wir haben also in dieser Frage keine Veranlassung, von unserer Stellung vom vorigen Herbst abzugehen. Auch eine Herabsetzung des Getreidezolls ist nicht nötig, da er gering ist. Auch seine Suspendierung würde auf die Preise steigend wirken. Anders steht es mit dem Kartoffelzoll, der ein Saison-Zoll ist. Er trifft lediglich die Früh-Kartoffeln, die ein Saison-Zoll ist. Diesen Zoll zu beseitigen haben wir keine Veranlassung. Allerdings trifft er noch einige Saatkartoffeln aus dem Auslande. Infolge des strengen Winters sind erhebliche Mengen ausländischer Kartoffeln nicht herein gekommen, die rechtzeitig im Auslande abgehandelt wurden. Deshalb haben wir vorge-schlagen, daß allein aus Billigkeitsrücksichten für diejenige Sendungen ausländischer Kartoffeln, die nach dem 15. Februar schlagen, der Zoll erlassen wird. Ein Entschluß des Bundesrats wird morgen gefaßt werden. Wir können damit rechnen, daß auch auf dem Gebiet der Speise-Kartoffeln wenigstens eine Erleichterung eintritt. Auf Antrag Stadthagens (Soz.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Gerold (Centr.): Die Aufhebung der Futtermittelzölle hätte keinen Zweck. Den Nutzen hätte nur das Ausland und ein Handel. Mit der Suspendierung des Kartoffelzolls sind wir einverstanden.

Abg. Arnstädt (Fon.): Endlich erkennen auch die Freisinnigen die Notlage der Landwirtschaft an. An dem hohen Kartoffelpreise ist allein die letzte schlechte Ernte schuld.

Abg. Wamhoff (natl.): Wir wollten für eine Suspendierung des Maiszolls bis zum Herbst eintreten. Nach den Ausführungen des Staatssekretärs lassen wir diese Frage aber offen. Auch für eine Suspendierung des Getreidezolls treten wir nicht mehr ein. An der Aufrechterhaltung der jetzt bestehenden Schutzpolitik halten wir streng fest. Mit der Suspendierung des Kartoffelzolls sind wir einverstanden.

Abg. Stubbendorf (Sp.): Die vorübergehende Aufhebung der Futtermittelzölle würde für die Konsumenten vermutlich keinen Vorteil haben. Der Vorteil würde nur auf Seiten der Händler sein.

Abg. v. Gröbst (Fole) fordert im Interesse der Landwirtschaft die Aufhebung des Kartoffelzolls.

Abg. Dr. Wiff (Centr.-Fol.) ist mit der Suspendierung des Kartoffelzolls einverstanden und spricht sich gegen jede Aufhebung der Futtermittelzölle aus.

Weiterberatung Donnerstag 1 Uhr. — Schluß halb 6 Uhr.

Kommunalpolitik.

Gröningen, 20. Febr. Durch unermüdliche jahrzehnte lange Arbeit unserer Genossen im bad. Landtag ist es gelungen, die Gemeinde- und Städteordnung zu reformieren. Seit dem Jahre 1880 wurden alle Gemeinderatswahlen durch den Bürgerauschuss vorgenommen. Zum erstenmal haben nun unsere Bürger und Einwohner wieder das Recht, durch direkte Wahl ihre Gemeinderäte selbst zu wählen. Am Samstag, 24. Febr., vormittags 11 Uhr bis nachmittags 8 Uhr finden die Erneuerungswahlen zum Gemeinderat statt! Im ersten Stod des Rathauses wird auf 3 Jahre gewählt und im 2. Stod (großer Rathsaussaal) auf 6 Jahre.

Parteienossen! An euch ist es nun gelegen, dafür zu sorgen, daß unsere Partei eine den Verhältnissen entsprechende Vertretung auf dem Rathaus erhält. Nichts kann uns trennen von marschieren geschloffen. Unsere Gegner, die sogenannten Bürgerlichen, sowie die Fortschrittler, rüsten ebenfalls zum Wahlkampf. Aus diesem Anlaß findet am Freitag, 23. Febr., abends 8 Uhr, in der Schwannenhalle eine öffentliche Wählerversammlung statt, in welcher Landtagsabgeordneter Kräuter aus Freiburg sprechen wird über das Thema: „Die Kommunalpolitik und die Sozialdemokratie“. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, zu erscheinen und die Stimmungen aufzurütteln. Darum Parteigenossen! Auf in die Schwannenhalle! Auf zur Wahl!

Teufshneuren, 20. Febr. Morgen Freitag, 23. ds. Mts., abends 8 Uhr, findet eine Bürgerauschussung auf dem Rathaus hier statt. Auf der Tagesordnung steht der Kostenvoranschlag pro 1912. Die Sitzungen sind öffentlich und es hat jedermann Zutritt. Eine Vorbesprechung ist dringend notwendig und es werden deshalb die Bürgerauschussmitglieder unserer Partei ersucht, heute Donnerstag Abend halb 9 Uhr in der „Krone“ zu erscheinen. Auch die Parteimitglieder sind hierzu eingeladen. Es dürfte dies wohl die letzte Sitzung des bestehenden Bürgerauschusses sein. Sollen die Bürger bei den kommenden Wahlen dafür, daß der neue Bürgerauschuss aus andern Männern zusammengesetzt wird, die weniger des persönlichen, umso mehr aber das allgemeine Interesse vor Augen haben. Der ganze Kostenvoranschlag gehört einmal einer gründlichen Reform unterzogen, was mit dem jetzigen Bürgerauschuss aber nicht möglich ist, denn bei dem herrschenden Zustände, die aus der Feudalherrschaft hervorgegangen sind, ist eine solche Reform nicht möglich. Diese Aufgabe müssen wir uns setzen.

Singen, 21. Febr. Am vergangenen Montag fand die zweite Bürgerauschussung innerhalb 14 Tagen statt, in welcher der Voranschlag v. J. 1912 beraten wurde. Aus demselben war zu entnehmen, daß die finanziellen Verhältnisse unserer Gemeinde der Besserung zusehnen, denn man kann erfreulicherweise sagen, in diesem Jahre ist Geld vorhanden. Der Kassenbestand betrug am Schlusse des Jahres 4024 M., davon werden in den Betriebsfond 2200 M. (sonst 900 M.) abgehoben und der Rest von 1824 M. in den Voranschlag eingestellt. Er wünschenswert ist auch die Summe von 5170 M., welche die Gemeinde Singen vom badischen Staat zurückerstattet erhält, auf Grund des neuen badischen Schulgesetzes, weil unsere Gemeinde in den letzten drei Jahren eine Umlage von mehr als 40 Pf. in den letzten drei Jahren eine Umlage von mehr als 40 Pf. (50 Pf.) ohne den Schulaufwand erheben mußte. Ferner ist noch die Summe von 225 M. von Bedeutung, welche von den Anstößern in der Pfingststraße für Straßenherstellung erhoben werden. (Tatsächlich sind es 2900 M.) Somit beträgt die Gesamteinnahme hiesiger Gemeinde 14 607 M., gegenüber den Ausgaben sind in die Höhe geschwollen, denn die Herstellung der neuen Pfingststraße und der Gehwege erfordert die Summe von 5100 Pf. und zwar, wie bereits gesagt, zum größten Teil von den Anstößern wieder zurückvergütet werden muß und so nur in der Rechnung durchläuft. Dann hat der Gemeinderat noch die Summe von 1300 M. für eine neue Brückenwaage in den Stat eingest. so daß die Ausgabe die hohe Summe von 29 223 M.

gegen etwa 22 000 M. in früheren Jahren erreicht. Die Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben ergibt somit eine Wenigererinnahme von 14 766 M., welche durch die Umlage gedeckt werden muß, was die Erhebung einer Umlage von 54 Pf. vom Hundert bedingt. Somit konnte die Umlage von 50 Pf. auf 54 Pf. herabgesetzt werden. So erfreulich die Tatsache ist, daß anscheinend die Finanzen unserer Gemeinde einer Besserung entgegengehen, waren unsere Genossen doch durch die Haltung der Mehrheit des Gemeinderats gezwungen, den Voranschlag abzulehnen. Ueber den Verlauf der Sitzung und unsere Ablehnungsgründe werden wir in einem besonderen Artikel berichten.

Stein, A. Bretten, 21. Febr. Nächsten Samstag, den 24. ds. Mts., nachmittags von 4—1/2 Uhr findet die Erwahlung in den Gemeinderat statt. Diese Wahl wurde notwendig dadurch, daß Gemeinderat Gen. Bauer zum Bürgermeister gewählt wurde. Unserm Versprechen gemäß gegenüber den Liberalen werden wir bei der Erwahlung einen bürgerlichen Kandidaten unterstützen. Wir haben beschlossen, Mann für Mann einzutreten für die Wahl des Landwirts Karl Fr. Lindenmann und fordern hiermit die Parteigenossen auf, nur diesem ihre Stimme zu geben.

Nach dem diesjährigen Voranschlag stellt sich die Berechnung folgendermaßen zusammen: Liegenschaftsteuerwerte 3 722 490 M.; Steuerwerte des Betriebsvermögens 289 200 M.; Steuerwert des Kapitalvermögens 334 300 M.; Einkommensteuerwerte vom Einkommen aus öffentlichem Dienstverhältnis aus 6673 M.; die Gesamtausgaben betragen 42 386 M.; die Gesamteinnahmen 26 628 M. Somit sind durch Umlage zu decken: 15 758 M., wozu ein Umlagefuß von 80 Pf. vom Hundert erforderlich ist.

Mannheim, 19. Febr. Die hiesige „Volkstimme“ wagt den Sandhofer Sozialdemokraten wegen ihrer Stellungnahme gegen die Eingemeindung in die Stadtgemeinde Mannheim lächlig den Kopf und verweist auf die Haltlosigkeit der Behauptung des sog. Gemeinderats Krämer, daß die Sandhofer erst in Mannheim um die Lehrmittelfreiheit betteln müßten, während sie die Gemeinde Sandhofen bereits habe. In Mannheim erhielten in diesem Jahre 75 Prozent der Schüler die Lehrmittel ebenfalls unentgeltlich geliefert und im Jahre 1913 voraussichtlich alle Schüler. Dabei lasse Krämer aber auch ganz außer Acht, was Mannheim sonst noch für die Schule leistet. Die Ausführungen Krämers beweisen nur, sagt das Blatt, wie wenig er begriffen habe, daß die Sozialdemokratie zu diesen Einrichtungen grundsätzlich eine andere Stellung einnimmt. Zum Schluß werden die Sandhofer Genossen auf das kommunalpolitische Programm der Partei verwiesen, dessen Grundzüge nicht außer Acht gelassen werden dürfen.

Mannheim, 20. Febr. Der Stadtgemeinde Mannheim ist durch Entscheidung des Ministeriums des Innern im Einvernehmen mit dem Ministerium des großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen und dem Finanzministerium die Genehmigung zur Ausgabe von zu 4 Prozent verzinslichen Schuldscheinen auf den Inhaber im Nennwert von zehn Millionen Mark sowie zur Ausgabe der zugehörigen Zinscheine erteilt worden.

Tiefenhein, 20. Febr. Der Stadthalter unserer Gemeinde hat dem Bezirksamt angezeigt, daß er sein Amt niederlegen wird. Derselbe steht im 28. Dienstjahre und war 27 Jahre Vorstand unserer „internationalen“ Gemeinde, was keine Kleinigkeit ist. — Wie man hier von der Gemeindeverwaltung erfahren hat, steht die Gemeindefasse derart gut, daß der Kassen-vorrat vom letzten Jahr auch für dieses Jahr ausreichen würde, so daß keine oder nur kleine Umlagen erforderlich sind, während dieselben vor 27 Jahren 85 Pf. betrugen.

Welschensteinach, 20. Febr. Bei der Bürgermeisterversammlung wurde Herr Hofbauer Peter Zätle mit überwiegender Mehrheit zum Bürgermeister gewählt.

Frankfurt a. M., 20. Febr. Die Deckung des Fehlbetrages von 750 000 M. im Haushaltsplan beantragte der Magistrat die Erhöhung des Wasserzuges und die Einführung einer Steuer auf die Erlaubnis zum Betrieb der Gastwirtschaften. Beide Anträge wurden aber nach heftiger Erörterung von der Stadtverordnetenversammlung einstimmig abgelehnt.

Neues vom Tage.

Vom Starkstrom getötet.

München, 21. Febr. In Gind bei München streifte ein Zimmermanns-Sohn, der mit seinem Vater am Straßentande stand, mit dem Kopf an einen von der elektrischen Hochspannung herabhängenden feinen Mlumendraht, der in autwilliger Weise über die Leitung geschleudert und am unteren Ende mit einem Stein beschwert war. Der auf 10 000 Volt gespannte Strom schlug den unglücklichen Knaben an der Seite seines entsetzten Vaters auf der Stelle tot.

Diebischer Student.

München, 20. Febr. Hier wurde ein Student der Medizin aus Ostpreußen verhaftet, als er nachts in einem Automaten-Restaurant einen Geldbehälter erbrach und daraus 33 M. entwendet hatte. Der elektrische Signalapparat hatte ihn verraten.

Tunnel-Durchschlag.

Zürich, 21. Febr. Heute Morgen 6 Uhr ist der Durchschlag des Tunnels Jungfrau hoch glatt erfolgt und damit der wichtigste Teil der Jungfrauabahn glücklich beendet.

Karnevals-Unfug.

Paris, 21. Febr. Am gestrigen Karnevalstage wurde in Paris der übliche Unfug getrieben, der sich bis in die Wachtstuben der Polizei-Kommissariate fortsetzte. Im ganzen sind wegen grober Ausschreitungen 970 Personen verhaftet worden, die bis auf 50 wieder entlassen wurden. Auf einer Polizeiwache in der Nähe der großen Boulevards befanden sich 350 Verhaftete, die auf eigenartige Weise die Freiheit wieder erlangten. Einige der Häftlinge hatten die Gasleitung durchgeschnitten, weshalb das Gas wegen Explosionsgefahr abgestellt werden mußte. Die Verhafteten erreichten damit, daß man sie schleunigt in Freiheit setzte.

Ein Selbstmörder-Klub.

Petersburg, 20. Febr. Ein Selbstmörder-Klub, der einige hundert Mitglieder zählt, darunter auch Frauen, ist hier entdeckt worden. Die Versammlungen fanden in Privat-Wohnungen statt. An gewissen Terminen wird gelost, wer aus dem Leben zu scheiden hat. Wen das Los trifft, ist hierzu verpflichtet. Der Klub beschaffte Filialen in Moskau und Charkow einzurichten. Die Polizei jagdet eifrig nach den Mitgliedern.

Aus dem Lande.

Kastatt.

Unsere letzte Bürgerausschussung beschäftigte sich mit der Anstellung eines Direktors für die hiesigen Volksschulen. Der bisherige Direktor hat die Stelle bis jetzt im Nebenamt versehen, nach § 31 des neuen Schulgesetzes ist dies nicht mehr zulässig. Der Gemeinderat beantragte, daß ein Akademiker als Direktor der gesamten Volksschule einschließlich der Töcherschule angestellt werde. Eine Anzahl Ausschussmitglieder dagegen beantragten, daß für die Volksschule ein Hauptlehrer als Direktor und für die Töcherschule ein Akademiker als Direktor angestellt werde. Nach eingehender Aussprache kam man zu dem Entschluß, die Abtunung zu verlagern bis mit dem Unterrichtsministerium nochmals verhandelt sei. — Der Dienstvertrag des Herrn Sparassentrollenrath Ruhn wurde ohne Debatte genehmigt. — Für den in den Ruhestand versetzten Herrn Spitalverwalter Nehm hatte der Gemeinderat einen Ruhegehalt von 300 Mk. beantragt. Da dies zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig ist, meinte Herr Vetter, der neue Spitalverwalter, der frühere Gemeindevorstand Oberly, der eine schöne staatliche Pension beziehe, solle von seinen 1000 Mk. Gehalt 300 Mk. abgeben, damit man Herrn Nehm eine höhere Pension geben könne. Der Bürgermeister aber erklärte, der neue Verwalter bekomme mehr Arbeit, man könne ihm deswegen nicht weniger Gehalt geben. Unseres Wissens nach bekommt aber der neue Verwalter weniger Arbeit, denn das Rechnungswesen ist jetzt dem Verwalter abgenommen und der Stadtkasse übertragen worden. — Die übrigen Punkte, einige Verpachtungen, wurden debattelos genehmigt. Hierauf erfolgte noch eine vertrauliche Besprechung betreffs eines Zuschusses zur Büchlerschen Realschule. Die Leitung der Schule hatte um einen Zuschuß gebeten. Vernünftigerweise aber wurde dieser abgelehnt. Wenn die Schule, trotzdem sie einen guten Ruf aufweist, finanziell nicht rentiert, so kann doch unter keinen Umständen die Stadt Kastatt, die heute noch Schulgeld für die Volksschule erhebt, aus städtischen Mitteln das Defizit decken. — Geistliche Prügelpädagogik. In welcher roher Weise Religionsunterricht erteilt werden kann, mußte der 12jährige Sohn des Privatiers Aman hier erfahren. Der Anabe wurde von einem hiesigen Kaplan regelrecht verprügelt, sodaß der Rücken breite, rote und blaue Striemen zeigte. Der Junge wird einen schönen Begriff von christlicher Liebe bekommen haben. Der Vater hat Strafantrag gestellt. Hoffentlich wird der prügelnde Kaplan gründlich bekehrt, daß auch er kein Vicht hat, Kinder zu mißhandeln.

Offenburg.

Sozialdemokratischer Verein. Kommen den Samstag Abend findet im hinteren Lokale Mundinger eine Versammlung statt, worauf wir die Mitglieder und solche, die es werden wollen, aufmerksam machen. Die Versammlung wird sich nochmals mit der Stadtvorordnetenwahl beschäftigen. Es ist deshalb Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen. Insbesondere aber mögen die Kandidaten zu den Bürgerauswahlgängen anwesend sein. Auch die anderen Punkte sind wichtig genug, der Versammlung anzuhören. — Auf den Vortrag, welchen Oberbürgermeister Hermann am Freitag Abend in der „Mickelhalle“ über „Das neue Wahlverfahren“ abhielt, möchten wir nochmals hinweisen. Der Vortrag wird hauptsächlich die technische Seite der neuen Gemeindevorwahl behandeln. — Eine Wählerversammlung zu den Bürgerauswahlgängen wird die sozialdemokratische Partei am Samstag, 2. März, in der „Mickelhalle“ abhalten. Die Genossen Ged und Wonsch werden sprechen. — Aus der Sophienstiftung werden die Erträge, drei Kisten mit je 516 Mk., demnächst zur Verlosung gelangen. Käufer solcher Kisten, welche das badiische Staatsbürgerrecht besitzen und seit 10 Jahren ihren Wohnsitz hier haben, sind zugelassen. Ein guter Lebenswandel und Bedürftigkeit wird ebenfalls verlangt. Anmeldungen sind bis 1. März einzureichen. — Die vielgerühmte Frömmigkeit der Post zeigte sich dieser Tage wieder in bestem Lichte durch eine von Mannheim aufgegebene Postkarte mit der Adresse: A n d i e S t a m m t i s c h e G e s e l l s c h a f t i m „E n g e l“ i m m i t t e l b a d i s c h e n S o d o m u n d G o m o r r h a. Der fortierende Beamte verwarf die Karte sofort mit dem Klauselvermerk „Offenburg“ und er hatte das Richtige getroffen, sie kam noch am gleichen Abend in die Hände der Adressaten.

Müsch, 21. Febr. Dieses Mal scheint der prügelstüchtige Diener Gottes doch nicht so leicht davon zu kommen wie im vorigen Jahre. Damals erhielt er bekanntlich einen Verweis, von dem aber merkwürdigerweise die Klage führenden Eltern keine Kenntnis erhielten. Die Behörde hat bei solcher, wir wollen mal sagen Vergeßlichkeit, ganz und gar keine Rücksicht, sich zu beklagen, wenn die Bevölkerung dann auf den Klagen gekommen ist, daß mit zweierlei Maß gemessen wurde, daß man den Prügelpädagogen im geistlichen Gewande für all sein Tun und Treiben straflos lassen würde, während man gegen andere „gewöhnliche“ Leute mit der ganzen Schärfe des Gesetzes vorgehe. Dieses Mal scheint aber die Sache ihren richtigen, gesetzlichen Verlauf zu nehmen. Auf heute Abend sind die Väter der von dem das Wort Gottes Lehrenden geistlichen Religionsdiener geschlagenen Mädchen auf das Rathaus zum Verhör geladen. Außerdem wurden die Eltern der Mädchen benachrichtigt, daß diese am heutigen Donnerstag nicht in die Schule dürfen, sondern daß sie heute Morgen ebenfalls auf das Rathaus müssen zum Verhör durch die Gendarmerie. Am Freitag kommt der Untersuchungsrichter zur Untersuchung der Angelegenheit. Es wäre eine Erlösung für die Gemeinde, wenn endlich einmal durch ein energisches Vorgehen der Behörde gegen Herrn Selzer Ruhe und Frieden geschaffen würde. Es sei nur zur Charakterisierung des Verhaltens des Pfarrers in der Gemeinde hebenbei darauf hingewiesen, daß z. B. Herr Selzer trotz wiederholter Bestrafung wegen Raufhagens ohne Licht in der Nacht trotzdem ruhig sich der Übertretung des Verbots weiter schuldig macht. Sechsmal ist er bis jetzt aufgeschrieen worden, weil er nachts ohne Licht durch die Straßen fuhr. Das sieht doch fast aus wie eine Provokation. Andererseits mußte aber vor circa 3 Wochen ein Arbeiter, der in schwerer Trunkenheit dem Pfarrer eine Beleidigung sagte, 50 Mk. zahlen, eine gewiß hohe Strafe, wenn man berücksichtigt, daß der Arbeiter erklärte, daß er nicht wußte, wen er beleidigt hatte und er auch den Pfarrer jetzt noch nicht kenne, wie auch dieser erklärte, daß ihm der Mann unbekannt sei.

Weingarten, 20. Febr. Ein schlechtes Gewissen? Sehr diensteifrig gegenüber Herren der „besseren“ Stände zeigte sich an Faschnacht unsere Gemeindebehörde. Narrenfreiheit wollte sich gegen Herrn Tierarzt Bräuer einen Scherz erlauben. Herr Bräuer rief aber Lunte und es gelang ihm, auf dem Rathaus durchzugehen, daß von dort aus — ein Verbot gegen derlei Faschnachtscherze erlassen wurde. Mit der Gemeindebehörde steht sonst Herr Bräuer gar nicht so gut, er war bisher nicht gut auf sie zu sprechen. Aber jetzt, wo man Angst hatte, man könne in farnebalistischem Sinne etwas berulkt werden, da vergaß man den Groll. Ein Wink genügt. Wir möchten nur die Gemeindebehörde ganz bescheiden fragen, ob sie vielleicht auch so flink zu Diensten gestanden hätte, wenn einige Arbeiter wegen solcher Lappalie bei ihr vorgesprochen hätten? N. A. W. G.

Mannheim, 21. Febr. Die Nacht zum Mittwoch ist ziemlich unruhig verlaufen. Eine Reihe von Verletzten mußten das allgemeine Krankenhaus aufsuchen. In dem Quadrate H 4 entfiel gestern Abend 8 Uhr ein Streit, bei dem der 25 Jahre alte Müller Friedrich Weiswanger, wohnhaft Weststraße 29, einen Stich in die Lunge erhielt. Als vermeintlicher Täter kommt ein roter Domino in Betracht, der kurz nach der Tat verhaftet wurde. — Um halb 12 Uhr erhielt der 25 Jahre alte Maschinenarbeiter Albrecht Fildner, wohnhaft Rheinaustraße 1, ebenfalls einen Lungenstich. Beide Schwerverletzten mußten mit dem Sanitätswagen ins allgemeine Krankenhaus überführt werden.

Gernsbach, 21. Febr. Beim Sodawasserfabrikanten Jerspan dem 17 Jahre alten Sohn des Sodawasserfabrikanten Kottler dahier eine Flasche. Dabei durchschnitt ihm ein Glasplitter das Lid des einen Auges und verletzte das Auge schwer. Kottler wurde zur Operation nach Karlsruhe gebracht.

Moos, 21. Febr. In unserem Ort herrscht derzeit unter den Fischern große Aufregung. Der Nachschuß führt eine Menge alte Baumwolle und sonstigen Unrat mit sich, wodurch die Juggarne der den ganzen Winter über arbeitenden Fischer großen Schaden erleiden. Die Störung kommt jedenfalls von einer an der Nach gelegenen Fabrik. Man wird der Sache auf die Spur gehen.

Waibstadt, 21. Febr. Der 10jährige Sohn eines hiesigen Landwirts spielte mit einem Tetsching, ohne zu wissen, daß die Waffe geladen war. Sie entlud sich plötzlich und traf ein drei Monate altes Kind, das an den erlittenen Verletzungen starb.

Untermersthal, 21. Febr. Infolge Scheuens der Pferde stürzte die 78 Jahre alte Frau Johanna Stiegler von hier von dem Wagen des Wäckermeisters Gutmann. Die Verunglückte wurde von dem Wagen überfahren und trug neben einer Verletzung am Auge einen Bruch des Unterarms davon. Bemerkenswert ist, daß die Verunglückte bis zu diesem Unfall betroffen wurde, in ihrem Leben noch nie ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Seuten, 21. Febr. In Mainz waren 3 Jungen im Alter von 16-18 Jahren ihren Eltern durchgebrannt. Sie kamen bis ins badische Oberland. Hier nahm man sie fest, weil sie dem Aderwirts ihre recht erhebliche Recke nicht bezahlten konnten.

Lahr, 20. Febr. Vorgestern nachmittag gingen zwei an ein Fuhrwerk gespannte Pferde, die durch das Wellen eines Hundes scheu geworden waren, mit dem Wagen plötzlich durch und rasten durch verschiedene Straßen. Dabei wurden der Gewerbetreibende Pfisterer, ein Handwerksbursche namens Zähringer und der Straßenwart Kern überfahren. Während der letztere mit leichten Verletzungen davonkam, trugen die beiden anderen erhebliche Verletzungen davon. Pfisterer wurde in seine Wohnung und der Handwerksbursche in das Spital überbracht.

Suggingen, 20. Febr. Beim Futterstreifen geriet in der Scheuer ein dreijähriges Kind in die Transmission eines durch ein Pferd betriebenes Öpelwerk. Das Kind erlitt dadurch schwere Verletzungen. Auf sein Schreien eilte die Besitzerin des Anwesens, die Witwe Fünfgeld, herbei und stellte die Transmission ab, indem sie das Pferd anhielt. Während Frau Fünfgeld dabei war, das Kind aus seiner schrecklichen Lage zu befreien, fing das Pferd an weiterzulaufen, wodurch die Transmission wieder in Bewegung gesetzt wurde. Frau Fünfgeld wurde nun ebenfalls von der Transmission erfasst, in dieselbe hineingezogen und, bis Hilfe herbeikam, schredlich zugerichtet. Sie erlitt mehrfache Armbrüche und eine Rückenverletzung.

Todman, 20. Febr. Der in den 60er Jahren stehende verheiratete Joh. Ciche hier hat kürzlich großes Unheil angerichtet. Er schlug seiner Hausbesitzerin Ehefrau Strauß ohne den geringsten Anlaß mit einem Hackmesser auf den Kopf, so daß das Blut sofort herunterlief und, nachdem diese die Hände auf den Kopf gehalten, um sich zu schützen, schlug er nochmals zu, wodurch 3 Finger fast abgehauen wurden. Der Täter ist schon längere Zeit arbeitsunfähig und zeigte zeitweise Spuren von Geistesgekränktheit, wurde aber immer für harmlos gehalten. Da der Vorfall ohne jegliche Ursache stattfand, so ist sicher anzunehmen, daß er auf Geistesgekränktheit zurückzuführen ist. Ciche wurde nach Freiburg in die Irrenklinik verbracht.

Gerichtszeitung.

Aus der Karlsruher Strafkammer.

Sitzung vom 19. Februar. Auf Urkundenfälschung und Betrug lautete die gegen den Hilfsarbeiter Philipp Jakob Müller aus Singen (Amt Durlach) erhobene Anklage. Der Angeklagte erschwindelte sich mit zwei auf den Namen Robert Gint in Singen gefälschten Zetteln, auf denen um Ueberendung von Bier und Schwären gebeten wurde, von dem Kronenwirt in Singen Ende November 3 Flaschen Bier und 2 Würste, sowie am 10. Dezember 2 Flaschen Bier, 3 Schweinsrippchen und 4 Brote. Der Wirt, der die ihm jeweils von einem Anaben überbrachten Zettel als von Gint stammend ansah und daher auch keine Bedenken trug, das Verlangte abzugeben, wurde um 222 Mk. geschädigt. Der Angeklagte erhielt heute 3 Wochen Gefängnis. — Den könnte man in Berlin brauchen. Eine Anklage wegen Körperverletzung führte den Hilfspolizisten Heinrich Drexlner aus Hambühren vor die Strafkammer. Der Angeklagte hatte zu Hambühren am 1. Dezember, nachts 11 Uhr, den Fahrradhändler Schudert von hinten gepackt, geschlagen und zu Boden geworfen, eine halbe Stunde nach diesem Vorgange den Zigarrenmacher Krenpel, weil dessen Fahrrad nicht beleuchtet war, ins Gesicht geschlagen und am 3. Dezember, nachts halb 12 Uhr, dem Krenpel mit einem Stode Schläge auf den Rücken versetzt. Drexlner wurde zu 80 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 22. Febr.

Freie Jugend.

Heute Donnerstag Abend 8 Uhr Zusammenkunft in der „Nacht am Rhein“, Ede Garten- und Ritterstraße. Vollzähliger Besuch erforderlich. Gleichzeitig erlauben wir uns, die Gönner und Freunde unserer Sache um ihr Erscheinen zu bitten.

Beierthelm.

In der Generalversammlung des sog. Vereins wurde beschlossen, den hiesigen Verein mit dem Karlsruher sozialdemokratischen Verein zu verschmelzen. Als Vertrauensmann wurde Gen. Valentin Müller und als Einfassierer Gustav Braun gewählt. Den Parteigenossen und Genossinnen zur Kenntnis, daß die Mitgliederversammlungen nach wie vor jeden ersten Samstag im Monat stattfinden.

Krüppelfürsorge.

G. Nächsten Montag Abend findet im großen Rathhause ein vielversprechender Werbevortrag von Professor Pulpius aus Heidelberg statt, der „Bilder aus der Krüppelfürsorge“ an zahlreichen Lichtbildern erläutern und insbesondere durch eine hochinteressante kinematographische Vorführung genauen Einblick in das wirkliche Leben und Treiben der Krüppelfürsorge aus dem großzügigen Berliner Heim gewähren wird. Diese Vorführung wird außerdem durch Mitteilungen über die Entwicklung der Krüppelfürsorge in Baden von Geheimrat Becker aus Mannheim, dem Vorsitzenden des Badischen Fürsorgevereins eingeleitet. Der Besuch kann demnach allen Krüppelfreunden dringend empfohlen werden.

Verein Volksbildung.

Sonntag, 25. Februar, nachmittags halb 2 Uhr, findet eine Theatervorstellung statt und zwar wird gegeben „Schuldig“, Volksstück in 3 Akten von Gertrude Billinger. Die Eintrittskarten werden Freitag Abend 8 Uhr abgegeben und zwar für die Mitglieder der freien Gewerkschaften im Restaurant Lichter, alte Brauerei Ged, Kaiserstraße 13, für die Mitglieder des Verbandes süddeutscher Eisenbahner im „Auerhahn“, für diejenigen vom Verband freiwilliger Hilfskassen in der „Wolfschlucht“. Die Mitgliedsbücher sind als Legitimation mitzubringen, können aber erst von halb 7 Uhr an abgegeben werden.

Der deutsche Bauarbeiterverband, Zweigverein Karlsruhe.

beröffentlicht seinen Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1911. Die Entwicklung der Organisation war, wenn auch der Erfolg der Hausagitation infolge des immer noch nicht genügenden Verständnisses vieler Arbeiterkreise nicht befriedigend, eine zufriedenstellende. Recht erfreuliche Erfolge zeitigte die Agitation unter den Bauhilfs- und Erdarbeitern. Die Erkenntnis, daß nur Einigkeit zum Ziele führt, dringt immer mehr durch. Die Lohnbewegungen, welche teilweise ohne Arbeitseinstellungen durchgeführt werden konnten, brachten einzelne schöne Resultate. An Lohnerböhrungen wurden erreicht für 277 gelernte Arbeiter (Maurer und Zementreuer), für 59 Bauhilfsarbeiter und für 808 Erdarbeiter pro Kopf wöchentlich 4,08 Mk. Eine Verkürzung der Arbeitszeit wurde insgesamt für 1144 Kollegen am wöchentlich je eine Stunde erzielt. Die Zulagen wurden wie folgt geregelt: für Ueberstunden 15 Pf., für Arbeit an Sonn- und Feiertagen 100 Proz., für Nacharbeit 50 Proz., für Wasserarbeit 50 Proz. Außerdem wurden verschiedene Differenzen teils schriftlich, teils durch mündliche Verhandlungen erledigt. Ein trauriges Zeichen ist es, daß einzelne organisierte Arbeiter sich zur Ueberfreitstellung der Arbeitszeit anboten. Das V a u d e l e g i e r t e n s y s t e m hat sich überall dort, wo es mit Energie durchgeführt wurde, bewährt. Im ganzen fanden in Karlsruhe und Durlach 12 Baudelegiertenversammlungen, 347 Versammlungen und 21 Bezirkskonferenzen statt. Der Mitgliederstand hat sich von 1303 Mitgliedern auf 2293 erhöht, was eine Zunahme von 994 Mitgliedern ergibt. Wenn es gelingt, den Geist der Solidarität und Kollegialität immer mehr zu befestigen, wird der endliche Sieg nicht ausbleiben. Jede jedes einzelnen ist es daher, in diesem Sinne zu wirken!

Geschäftsbericht der Metallarbeiter.

B. Verwaltung. Die Verwaltungsstelle Karlsruhe des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat 4 besoldete Beamte, davon sind 3 im Karlsruher Bureau tätig, einer hat seinen Sitz in Gaggenau und neben Gaggenau auch noch den Bezirk Kastatt zu bearbeiten. Außerdem ist in Karlsruhe ein besoldeter Einkassierer angestellt. Wenn nun der Kritiker Zweifel hegen sollte, ob auch all die angestellten Personen voll beschäftigt sind, so braucht er nur einen Blick in den Jahresbericht zu werfen, und er wird sich halb davon überzeugen können, daß in dem ausgedehnten Bezirk mit stark durchsetzter Metallindustrie Arbeit in Hülle und Fülle vorhanden ist. Neben der Erledigung der an sich schon sehr umfangreichen Bureauarbeiten waren, wie wir dem Bericht entnehmen, zur Erledigung der Geschäfte 56 Sitzungen der Verwaltung, 123 Versammlungen der Vertrauensleute, 20 öffentliche, 32 Branchenerwerbungen, 301 Versammlungen, 156 Mitgliederversammlungen, 151 Kommissionsitzungen und schließlich 27 Unterhandlungen mit den Unternehmern notwendig, das sind zusammen 866 Sitzungen und Versammlungen. Hausagitation wurde im Gegensatz zum Vorjahr nur in Ettingen getrieben und konnte trotz des harten Wobens, der dort zu bearbeiten ist, die Mitgliederzahl erheblich erhöht werden. Diese Hausagitation wurde in der Hauptsache von den Ettinger Mitgliedern selbst bewerkstelligt. Ein großer Wert wurde von seiten der Verwaltung auf die gewerkschaftliche Durcbbildung gelegt. Um diesen Zweck zu erreichen, wurde eine Anzahl Mitglieder rechnerisch herangebildet. Jeder einzelne erhielt ein bestimmtes Vortragskema auf gewerkschaftlichem oder sozialpolitischem Gebiete zur Bearbeitung zugezweifelt. Das Material hierzu wurde von der Verwaltung zur Verfügung gestellt. Durch diese Einrichtung konnte die Verwaltung allen Ansprüchen, die in Bezug auf Versammlungen gestellt wurden, gerecht werden und hat diese Einrichtung sich auch sonst auf das Beste bewährt. Auch über das Versammlungsleben hinaus war die Verwaltung bestrebt, dem Bildungsbefürfnis der Mitglieder

weitem... Stutgart... Personen... Baden... Seite 7.

weitem Maße Rechnung zu tragen. Herr Schürmann Stutgart hielt in 15 Orten Lichtbildvorträge, die von 176 Personen besucht waren; weitere 5 Vorträge wurden von Herrn Kadner aus Forstheim abgehalten, woran 1433 Personen teilnahmen. Der bekannte Regiator Emil Wallotte Berlin hielt im Mai 5 Vorträge ersten und heiteren Inhalts ab, hier betrug die Besucherzahl 706, desgleichen regiierte Wallotte im letzten Spätjahr in weiteren 10 Orten das Melodrama „Enoch Arden“. Ein in Karlsruhe und Durlach von Herrn und Frau Wallotte veranstaltetes Konzert, das alle Teilnehmer befriedigte, sei ebenfalls erwähnt.

Den drei Bibliotheken wurde auch im letzten Geschäftsjahr besondere Aufmerksamkeit geschenkt, sie erhielten erheblichen Zuwachs. Die Zahl der ausgeliehenen Bücher betrug 1423, die Zahl der Leser 362 und zwar in Karlsruhe 187, in Durlach 126 und in Maltatt 49. Diese Zahlen zeigen, daß die Benützung der Bibliotheken viel zu wünschen übrig läßt. Gegen Schluß des Geschäftsjahres wurde auch eine sich über den Bereich der Verwaltungsstelle erstreckende Jugendabteilung gegründet. Ein Zentraljugendausschuß, dem die öffentlichen Ausschüsse unterstehen, hat seinen Sitz in Karlsruhe. An die Mitglieder wird im Bericht der dringende Appell gerichtet, die schulentlassenen jungen Metallarbeiter der Jugendabteilung zuzuführen.

Mitteilungen aus der Stadtratsitzung vom 15. Februar.

Beitrag der Stadt für deutsche Schulen im Auslande. Der Verein für das Deutschtum im Auslande, Ortsgruppe Karlsruhe, teilt mit, daß er den ihm für das Jahr 1911 bewilligten Beitrag der Stadt mit 500 Mk. für deutsche Schulen in armen Gegenden Südtirols, des Böhmer Waldes, der Stadt Sao Paulo (Brasilien) und zur Unterstützung eines der Hochschule besuchenden armen Schwaben aus Südnorwegen verwendet habe. Dem Beschuß des Vereins, einen gleichen Beitrag auch im diesjährigen Voranschlags-Entwurf vorzulegen, wird entsprochen.

Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs. Als Beihilfe zu den Kosten der von dem Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke eingerichteten Beratungsstelle für Alkoholtrinker wird die Summe von 300 Mk. im Entwurf des diesjährigen Gemeindevoranschlags vorgesehn.

Kaiser Wilhelm-Stiftung. Der Kaiser Wilhelm-Stiftung für deutsche Invaliden, Bezirksverein Karlsruhe, wird als Zuschuß zur Erfüllung ihrer Aufgaben — Unterstützung armer bedürftiger Kriegsinvaliden — die Summe von 700 Mk. aus dem Gräflich Rheinfalshaus Nachlaß zur Verfügung gestellt.

Wänderung der ortspolizeilichen Vorschriften über den Verkehr mit Kur- und Kindermilch. Es hat sich das Bedürfnis nach einer Wänderung der ortspolizeilichen Vorschriften vom 22. Juli 1904, den Verkehr mit Kur- und Kindermilch betr., in der Richtung ergeben, daß die Einfuhrung auch anderer als den Milchschichten angehörender Milchtiere gestattet, die Vorschriften über die Unterfuchung der Tiere dem heutigen Stande der Veterinärwissenschaft angepaßt und endlich die Bestimmungen über die Fütterung der Milchtiere in einigen Punkten abgeändert werden. Die hierauf bezüglichen Vorschläge der Schlacht- und Viehhofdirektion werden dem großh. Bezirksamt mit dem Ersuchen um entsprechende Wänderung der erwähnten Vorschriften vorgelegt.

Trinkwasserbrunnen beim Wasserwerk. Neben dem Eingang zum städtischen Wasserwerk soll für die auf den benachbarten Gaudentbrunnenspielen Kinder ein Trinkwasserbrunnen, der zugleich auch mit Einrichtungen zur Tränke von Hunden, Vögeln und dergleichen versehen ist, angelegt werden. Hierfür werden 250 Mk. aus laufenden Mitteln bewilligt.

Motorboot für den Rheinhafen. Das für den Rheinhafen anzuschaffende große Motorboot, das zur Beförderung von Besuchern der Badeanstalten in Wozau, zum Schleppen von Leertähnen und als Feuerlöschboot für den Hafen dienen wird, soll mit einem Spülbooger nach dem System des hiesigen Pilotingenieurs Franz Kreh ausgerüstet werden, um diese Einrichtungen, die dazu dient, Kiesbänken im Flußbett zu beseitigen, praktisch zu erproben. Die Kosten betragen etwa 1000 Mk. Durch Vereinfachung der für das Boot vorgesehenen Landesvorrichtungen wird ein größerer Betrag erspart werden.

Verantwortlichkeit des Eidwesens. Das großh. Oberverwaltungsamt teilt mit, daß das infolge Verkaufslösung des Eidwesens zu errichtende Dienstgebäude für das künftige Geschäftsjahr des Jahres nicht mehr fertiggestellt oder jedenfalls nicht mehr bezogen werden könne und sucht darum nach, daß ihm die bezügliche Gebäudehalle mit dem anstehenden Räume für Gasmessereichung und den zugehörigen Lagerplätzen Sofienstraße 96 und 98 mit Wirkung vom 1. April ds. Js. an vermietet werde. Der Stadtrat erklärt sich bereit, dem Gesuche zu entsprechen und tritt wegen Festsetzung des Mietzinses mit dem großh. Oberverwaltungsamt in Verhandlung.

Bei der städtischen Sparkasse betrug im Monat Januar die Zahl der Einlagen 11207 (1911: 11297) mit einem Gesamtbetrag von 1482434 Mk. (1418058 Mk.). Davon entfallen 307910 Mk. (282790 Mk.) auf 1018 (1027) Neueinlagen. Abhebungen fanden 6316 (6053) statt im Betrage von 1081999 Mark (1079972 Mk.).

Selbstmord. In einem Hause der Südweststadt erhängte sich gestern Nachmittag eine 68 Jahre alte Witwe, welche schon seit längerer Zeit an Schwermut litt.

Anfall. Beim Abladen eines 150 Liter haltenden Weinfasses vor einer Wirtschaft in der Werderstraße ist gestern Vormittag ein Fuhrmann aus Durlach ausgeglitten und zu Boden gestürzt, wobei ihm das Fass auf den rechten Oberschenkel fiel. Der Fuhrmann hat dadurch so schwere Verletzungen davongetragen, daß er mittels Krankenautos in seine Wohnung nach Durlach überführt werden mußte.

Gefährliches Parfum. Am Dienstag Abend hat in einer Wirtschaft in Mülburg ein 15jähriges Mädchen einen 18jährigen Burschen mit Parfum bespritzt, wobei demselben auch einige Tropfen in die Augen kamen. Das Parfum hatte eine derart schädigende Wirkung, daß der junge Mann noch in der Nacht in die Augenklinik des Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus aufgenommen werden mußte.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Im Köhler Krug findet nächsten Sonntag von 4-8 Uhr das diesjährige Starkbierfest (Bürgerbräu Karlsruhe) statt. Zur Unterhaltung ist die Artillerie-Kapelle der 14er unter Musikmeister Diefes Leitung gewonnen worden. Außerdem wird auch Ratsherr „Badenia-Müller“ mit seinen Schlagern für die nötige Stimmung sorgen.

Letzte Nachrichten.

Bassermann Präsident.

Berlin, 21. Febr. Nach der „Täglichen Rundschau“ sollen die Konservativen dem Abgeordneten Bassermann das Reichstags-Präsidium angeboten haben.

Wahlprüfungen.

Berlin, 21. Febr. Die Abteilungen des Reichstages traten heute zusammen, um die eingegangenen Wahl-Protokolle auf ihre Zulässigkeit zu prüfen und diejenigen Mandate, gegen die Wahl-Protokolle nicht eingegangen sind, für gültig zu erklären. Zwei Abteilungen konnten wegen ungenügender Beteiligung nicht in Tätigkeit treten. Im übrigen wurden 80 Mandate der Wahlprüfungs-Kommission überwiesen, gegen die zulässige Protokolle vorliegen. Die Wahlprüfungs-Kommission hat entsprechend einer Vereinbarung mit dem Senioren-Konvent die Absicht, ein starkes Tempo in ihre Beratungen zu legen und die von ihr ermittelten Wahlprüfungen sollen dann möglichst sofort vom Plenum erledigt werden.

Bergarbeiter-Bewegung in England und Westfalen.

London, 21. Febr. Die Verständigungs-Konferenz zwischen den englischen Grubenbesitzern, die gestern hier tagte, verlief fruchtlos. Die Besitzer legten den Arbeitervertretern ihre Bedingungen vor, unter denen sie bereit seien, einen Mindestlohn im Prinzip anzunehmen. Die Arbeiter-Delegierten schlugen jedoch die Bedingungen glatt ab. Gestern Nachmittag fand ein Kabinettsrat über die Bergarbeiter-Bewegung statt. Das Resultat ist noch nicht offiziell bekannt gegeben, doch behaupten die Abendblätter, die Regierung werde im Falle des Fehlschlagens der Konferenz von Besitzern und Grubenarbeitern eine Intervention beschließen. Die Gewerkschaft der Bergleute sucht Wertpapiere, in denen ihre Streikfonds investiert sind, zu lombardieren, wurde aber abgewiesen.

London, 21. Febr. Der Premierminister Asquith überfandte den Vertretern der Grubenbesitzer und Grubenarbeiter-Vorstände eine briefliche Aufforderung, sich am Donnerstag zu einer Konferenz bezugs Abwendung des internationalen Kohlenarbeiterstreiks bei ihm einzufinden.

Wohum, 21. Febr. Hier hat eine neue Konferenz von Vertretern der an der Lohnneigabe beteiligten Verbände stattgefunden, in der zu der Antwort des Beschuß-Verbandes Stellung genommen und über die weiter einzuschlagenden Schritte Beschluß gefaßt wurde. Ueber das Ergebnis der Beratungen wird noch Stillschweigen bewahrt. Am näch-

sten Sonntag finden im Ruhrgebiet eine Reihe von Massenversammlungen in der Bergarbeiter-Lohnfrage statt. Die bedeutendste wird diejenige im Bochumer Schützenhause sein, in der die Führer der Bewegung sprechen. Außerdem sind Versammlungen in Dortmund, Gelsenkirchen, Essen, Oberhausen, Wanne, Recklinghausen, Herne, Hamm usw. geplant.

Bochum, 22. Febr. An der Spitze der Forderungen der Ruhrbergleute stehen die Erhöhung des Durchschnittslohnes um 15 Prozent und die Beseitigung der großen Lohnunterschiede für gleichartige Arbeiten. Weiter wird verlangt Festlegung der Abschlagszahlung auf den 25. jeden Monats, die Einführung der 8 Stunden-Schicht einschließlich der Ein- und Ausfahrt, sowie die 7- oder 6stündige Schicht an heißen Arbeitsstellen.

Wasserstand des Rheins.

22. Februar. Schifferinsel 1.10 m, gef. 0 cm, Rehl 1.94 m, gef. 1 cm, Marau 3.45 m, gef. 1 cm, Mannheim 2.68 m, gef. 0 cm.

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.

A. B., hier. Zwangs-Markstücke mit dem Bildnis des Kaisers Friedrich haben an sich keinen höheren Wert als andere Zwangs-Markstücke auch; Liebhaber aber geben dafür mehr.

J. H. Geheime Abstammung gibt es in der Bürgeraus-schreibung nicht.

A. G. S. Kommen Sie mit den sämtlichen vorhandenen Briefen in unsere Sprechstunde. Wir werden versuchen, die Sache in Ordnung zu bringen.

Geschäftliches.

Broterkerntsuppe. Für 6 Personen. Zubereitungszeit ¼ Stunden. In 30 Gramm Butter röstet man 150 Gramm geriebenes Brot schön gelb, läßt etwas abkühlen und schlägt dann unter beständigem Rühren 3 Eier dazu, gießt dann langsam aus 3 Maggis Bouillonwürfeln bereitete Brühe darüber, läßt die Suppe einmal unter beständigem Rühren aufkochen, würzt mit 8 Tropfen Maggis Würze, Salz und Pfeffer und richtet an.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Arbeiter-Frauenchor.) Heute Donnerstag halb 9 Uhr Singstunde. Vollzähliges Erscheinen dringend erforderlich.

Karlsruhe. (Deutscher Arbeiter-Sängerbund.) Den berechtigten Bezirksvereinen zur Nachricht, daß die fällige Sängerzeitung von heute ab im Lokal zum „Luchshaus“, Schützenstraße 58, zum Abholen bereit liegt. Wir erjuchen die verehrlichen Vereinsvorstände, dies baldigst zu bewerkstelligen. Die Bezirksleitung, 5670

Durlach. (Gesangverein Freiheit.) Freitag, 23. Febr., abends halb 10 Uhr, nach der Singstunde im „Darmstädter Hof“ außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung im Lokal. Hierzu wollen die aktiven und passiven Mitglieder vollzählig erscheinen. 5676

Offenburg. (Sozialdem. Verein.) Nächsten Samstag Abend findet im Vereinslokal Versammlung statt. 1. Abrechnung vom 2. Quartal und Winterfest, 2. Stadterordnetenwahlen, 3. Stellungnahme zur Kreisversammlung und Wahl der Delegierten hierzu. 5678

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verw. Berufsangehörigen. Forchheim.

Sonntag den 25. Februar, mittags 1 Uhr, im Gasthaus zur Linde in Forchheim

öffentliche Versammlung

Tagesordnung:

Der bekannte christliche Verband der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter auf dem Mitgliederfang auf der Hardt.

Referent: Gewerkschaftssekretär August Hipp. Zu dieser Versammlung ist die gesamte Arbeiterschaft von Forchheim eingeladen. — Freie Diskussion wird gewährleistet. — Darum erscheint pünktlich. 5674

Der Einberufer.



Residenz-Theater

Waldstrasse 30

Programm

von Mittwoch den 21., Donnerstag, den 22. und Freitag 5677 den 23. Februar 1912.

Die Sonne bringt es an den Tag.

Wunderbares Drama.

- Tontolini zwischen vier Feuern. Humoreske. In den Bergen von Savoyen auf einer Gemsen-Jagd. Entzückende Naturaufnahme. Amor und der Pfandschein. Lachpille. Ein Dorfsidlg. Tonbild. Rechtzeitig zum Druck. Sensationelles Drama. Dem Laster entrisen. Dramatisch. Aktueller Tagesbericht im Film. Leo als Bazillenträger. Kinematographische Posse.

Carl König

Dentist.

KARLSRUHE, Kaiserstrasse 124b.

Telephon 2451.

Künstliche Zähne, Plombieren, Zahnziehen.

Anzüge nach Mass

in eleg. Ausführung aus hochmodernen, dauerhaften Stoffen Mk. 45.- 50.- 55.- 60.- 65.- etc. Modernster Schnitt Vorzüglicher Sitz Reichhaltig-Stofflager Julius Löwe Karlsruhe 25 Werderplatz 25.

Wilhelmstr. 15

ist auf 1. April eine freundliche Mansarden-Wohnung, drei Zimmer, Glasabfluß, Gas u. an ruhige Meter zu vermieten. Näheres im 3. Stod. 5564

Diwan.

Neue, bessere Plüsch- und Taschen-Diwans werden unter Garantie von 35 u. 42 Mk. an verkauft. Keine Zuteilw. 5585 R. Köhler, Tapezier, Schützenstraße 58, 2. Stod.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Cheaufgebot vom 21. Februar 1912: Karl Gremmelmaier von Bergshausen, Schlosser hier, mit Rosa Schmidt von hier, Geburten vom 14. bis 20. Februar 1912: Jakob Otto Julius, Vater Julius Kraus, Vater, Lucie Käthe, Vater Wilh. Böhmman, Wadofenbauer. Eugen Paul, Vater Oskar Hänel, Vize-Photograph. Anneliese Ethica Clara, Vater Christ. Winger, selbweibel. Mathilde Hermine Berta, Vater Christ. Anna Luise, Arthur Wilhelm, Vater Georg Fleck, Küfer. Elisabeth Anna Luise, Vater Josef Weitzher, Postbote. Mathilde Vater Franz Drapp, Radier. Elsa Anna Karola, Vater Karl Alf, Schlossermeister. Hilba, Vater Hugo Stoll, Schlosser.

Todesfälle vom 19. und 20. Februar 1912: Alf, alt 2 Jahre, Vater Karl Leopold Frank, Kaufmann. Friederike Reif, Pflegerin, lebte, alt 59 Jahre. Regine Winkler, alt 59 Jahre, Ehefrau des Rechtsagenten Johann Winkler. Elsa, alt 6 Monate, 28 Tage, Vater Johann Gerber, Tagelöhner. Georg Grimm, 28 Tage, alt 58 Jahre. Rosine Wolf, alt 67 Jahre, Eisenhauer, lebte, alt 58 Jahre. Alois alt 9 Monate 27 Tage, Ww. des Tagelöhners Gottlob Wolf. Auguste Hellmann, Dienstmagd, Vater Karl Rüd, Milchhändler. Auguste Hellmann, Dienstmagd, lebte, alt 24 Jahre. Hedwig alt 9 Monate 1 Tag, Vater Julius Weber, Wirt. Max, alt 2 Monate 14 Tage, Vater Karl Knecht, Packer.

Betten · Wäsche · Ausstattungen

liefert billigst in Christ. Oertel · Karlsruhe guter Ausführung Kaisersfr. 101/103 : Tel. 217 : Rabattmarken.

